2018/10 Ausland

https://shop.jungle.world/artikel/2018/10/zwischenfall-mit-folgen

Am 28. Februar jährte sich in Taiwan der Aufstand von 1947 gegen die Kuomintang. Das Verhältnis zu China bleibt angespannt

Zwischenfall mit Folgen

Von **Simon Preker**

Die Beziehungen zwischen China und Taiwan bleiben angespannt. Zuletzt wurde dies am Jahrestag des Aufstands von 1947 deutlich, der taiwanischen Separatisten als nationaler Gründungsmythos dient.

Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg musste Japan die Herrschaft über Taiwan an die Republik China übergeben. Etwa eineinhalb Jahre später, am 28. Februar 1947, kam es zu einem Aufstand der taiwanischen Bevölkerung gegen die Herrschaft der von Chiang Kai-shek geführten Nationalen Volkspartei Chinas, der Kuomintang (KMT). Als Auslöser galten Ereignisse am Abend zuvor. Ein Beamter des chinesischen Monopolamts hatte eine taiwanische Zigarettenverkäuferin geschlagen, nachdem sie ihm Widerworte gegeben hatte. Der Beamte wurde von Umstehenden angegriffen, im weiteren Verlauf wurden ein Mensch durch Polizeischüsse getötet und das Monopolamt niedergebrannt. Der Aufstand gegen die Herrschaft der KMT weitete sich zunächst aus, wurde in den folgenden Wochen jedoch mit äußerster Härte niedergeschlagen. Etwa 25 000 Menschen sollen jüngsten, aber umstrittenen Schätzungen zufolge getötet worden sein.
1949 verlor die KMT den Bürgerkrieg gegen Mao Zedongs Kommunisten und damit auch die Kontrolle über das chinesische Festland. Taiwan bliebt unter der Herrschaft der KMT, sie regierte es jahrzehntelang diktatorisch. Die KMT baute die Insel zu einer Festung des »Freien China« aus und tabuisierte die Thematisierung des als »228-Zwischenfall«, teils auch als »228-Massaker« bekannten Aufstands.

Das Kriegsrecht wurde in Taiwan erst 1987 aufgehoben. Mit der Demokratisierung gewannen auch separatistische Strömungen an Einfluss. Der 228-Zwischcenfall wurde in Taiwan in den vergangenen 30 Jahren zum Sinnbild für den »Weißen Terror« der Herrschaft der KMT und Chiangs im Kalten Krieg. Die Erinnerung daran ist politisch stark aufgeladen. Immer wieder werden anlässlich des Jahrestags des Aufstands Statuen Chiang Kai-sheks in Taiwan beschmiert oder beschädigt. Am 28. Februar dieses Jahres wurde gar Chiangs Sarkophag mit roter Farbe beschmiert.

Die Kuomintang entschuldigte sich zwar 1995 für das Unrecht, hält bestimmte Dokumente zum »228-Zwischenfall« jedoch weiterhin in ihren Parteiarchiven unter Verschluss. Bis 2000 sowie erneut von 2008 bis 2016 stellte sie die Regierung Taiwans, obwohl sie sich seit den sogenannten Sonnenblumen-Protesten von 2014, die sich gegen ein Wirtschaftsabkommen mit China richteten, für viele Taiwanerinnen und Taiwanern politisch diskreditiert hat. Der ehemalige KMT-Vorsitzende Ma Ying-jeou, Staatspräsident von 2008 bis 2016, gilt ihnen als prochinesisch. Zum jüngsten Jahrestag forderte er allerdings, die historische Forschung zu intensivieren. Ma warnte jedoch auch davor, den »Zwischenfall« politisch zu instrumentalisieren. Andere Politiker des »blauen Lagers«, das der KMT nahesteht und starke wirtschaftliche Kontakte zur Volksrepublik China unterhält, zweifeln hingegen die kursierenden Opferzahlen an und nehmen Chiang in Schutz.

> Der »228-Zwischenfall« wurde in Taiwan in den vergangenen 30 Jahren zum Sinnbild für den »Weißen Terror« der Herrschaft der Kuomintang im Kalten Krieg.

Die seit 2016 amtierende taiwanische Präsidentin Tsai Ing-wen gehört dem »grünen Lager« um die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) an, das sich um Unabhängigkeit von China bemüht. Diesem liegt viel an einem offiziellen Gedenken an dem »Zwischenfall«. Der Aufstand dient als nationaler Gründungsmythos Taiwans, die Auseinandersetzung mit ihm hilft bei der Aufarbeitung der KMT-Verbrechen, bietet aber auch einen Anlass, gegen die Volksrepublik China zu agitieren. Die chinesische Regierung bedroht Taiwan militärisch und hat in den vergangenen Monaten mehrfach eine gewaltsame Eskalation riskiert.

Für ihre einstigen Bürgerkriegsfeinde der KMT findet die Kommunistische Partei Chinas mittlerweile freundliche Worte und Gesten. KMT-Veteranen des Kriegs gegen Japan, in dem Mao und Chiang nominell verbündet waren, wurden beispielsweise Ehrenplätze in der großen Militärparade 2015 in Peking zugewiesen, mit der China den Sieg über Japan feierte. Auch altgediente taiwanische Generäle und Politiker wie der fast 99 Jahre alte ehemalige KMT-Ministerpräsident Hau Pei-tsun reisten in den vergangenen Jahren immer wieder nach China, um an die Einheitsfront zu erinnern.

Das »grüne Lager« ist zwar deutlich progressiver als die konservative KMT, sein politisch eingefärbtes Gedenken an den »228-Zwischenfall« hat jedoch auch revisionistische Züge. Neben ihrer berechtigten Kritik an der KMT äußern sich Vertreter des grünen Lagers bisweilen unverhältnismäßig positiv über die japanische Kolonialherrschaft (1895 – 1945). Taiwanische Truppen, die auf Seiten Japans im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatten, galten während der KMT-Herrschaft als Kollaborateure. In manchen Fällen verklären Politiker des grünen Lagers diese inzwischen zu Märtyrern. Das eine Unrecht wird gegen das andere ausgespielt, Japan als wohlwollende Kolonialmacht dem autoritären KMT-Regime gegenübergestellt. Das hängt auch mit der heutigen politischen Konstellation zusammen. Obwohl Japan seit 1972 die Volksrepublik China diplomatisch anerkannt hat und zu Taiwan keine diplomatischen Beziehungen mehr unterhält, ist es zusammen mit der US-

Pazifikflotte Taiwans wichtigster Verbündeter in der Region.

Der 28. Februar bleibt ein wichtiger Bezugspunkt taiwanischer Politik. Nicht zufällig formierte sich an diesem Datum vergangene Woche eine große parteiübergreifende separatistische Allianz, der mit Chen Shui-bian und Lee Teng-hui zwei ehemalige Staatspräsidenten aus dem grünen Lager beitraten. Sie fordert die Umbenennung Taiwans, das offiziell Republik China heißt, sowie ein Referendum für eine Unabhängigkeitserklärung für den 6. April 2019. Die Beziehungen zur Volksrepublik würden sich durch jeden Schritt in diese Richtung weiter verschlechtern. Die chinesische Regierung macht nach wie vor deutlich, dass sie ihren Anspruch auf die Insel auch mit militärischer Gewalt durchsetzen will.

© Jungle World Verlags GmbH